

Zwischen Realität und Realismus

Zum kritischen Umgang mit digitalen Technologien in der Demokratietheorie

*Robert Brumme / Dennis Bastian Rudolf**

Schlüsselwörter: Demokratie, digitale Technologie, Autonomie, Realität, Realismus

Abstract: Die digitale Transformation schreitet unaufhaltsam voran. Im Spannungsverhältnis von kritischer Reflexion und technologischer Aktualität haben auch demokratietheoretische Debatten ihre deterministischen Tendenzen und technologischen Engführungen hinter sich gelassen. Während damit einerseits den Ambivalenzen und Affordanzen des Digitalen größere Beachtung geschenkt werden, drängen andererseits pragmatische Zugänge darauf, die Potentiale des Digitalen zur Lösung einer Krise der Demokratie in experimentellen Umgebungen zu erproben. Letztere betreiben die Transformation der Demokratie jedoch vorwiegend in reformatorischer Absicht und damit im Kielwasser machtvoller Erzählungen vordigitaler Demokratiemodelle. Sie orientieren sich weniger an der tatsächlichen Funktionalität des Digitalen als an eigenen Deutungen für die digitale Verwirklichung vordigitaler Versprechen. Gegenüber Vorstellungen einer digitalisierten Demokratie stellt der Beitrag daher die Bedeutung der Gemachtheit von digitaler Technik und Realität für eine realistische demokratische Theoriebildung ins Zentrum. Im Sinne eines normativen Maßstabes muss diese digital-demokratische Strukturen stärker dahingehend bewerten, ob sie tatsächlich zur Ermöglichung von Autonomie und Authentizität beitragen oder Teil einer Verschleierung von Macht und Deutung sind.

Abstract: The digital transformation is progressing incessantly. In the tension between critical reflection and technological actuality, democratic theory too has left behind its deterministic tendencies and technological narrowness. While, on the one hand, greater attention is being paid to ambivalences and affordances of the digital, on the other hand, pragmatic approaches are pushing to experimentally explore its potentials for a crisis of democracy. The latter, however, pursue the transformation of democracy primarily with reformatory intentions and consequently following powerful narratives of pre-digital models of democracy. They are less oriented to the actual functionality of the digital than to their own interpretations towards the digital realization of pre-digital promises. In contrast to notions of a digitized democracy, the article therefore focuses on the importance of the constructed nature of digital technology and reality for realistic democratic theorizing. For the purpose of a normative benchmark, theory needs to evaluate digital democratic structures more in terms of whether they contribute to enabling autonomy and authenticity or if they are part of a concealment of power and interpretation.

* Robert Brumme, Universität Rostock, Kontakt: robert.brumme@uni-rostock.de
Dennis Bastian Rudolf, Universität Rostock, Kontakt: dennis.rudolf@uni-rostock.de

1. Einleitung

Dass die digitale Revolution unsere Gesellschaften stärker verändern wird als die industrielle Revolution, gilt heute als Allgemeinplatz in der sozialwissenschaftlichen Debatte. Während die diesbezüglichen Implikationen für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bereits intensiv diskutiert wurden, hat eine grundlegende Reflexion über die Entfaltung des Digitalen im Bereich der Politischen Theorie erst in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen (vgl. Jacob/Thiel 2017; Hofmann et al. 2019; Berg et al. 2020). Davon mitunter unabhängig diskutieren demokratietheoretische Debatten bereits seit geraumer Zeit die Potentiale des Digitalen zur Lösung vielfältiger Krisensymptome. Die damit verbundene Suche nach digitalen Möglichkeiten, den historischen Siegeszug der Demokratie und die Einlösung ihrer Versprechen fortzuschreiben, scheint gegenwärtig jedoch dadurch begrenzt, dass sich Konzepte digitaler Demokratie vielmehr an den jeweils eigenen *Deutungen der Möglichkeiten* und weniger an der *tatsächlichen Funktionalität* des Digitalen orientieren. Ein solcher Zugriff auf das Digitale, ausgehend von vordigitalen Krisen, Strömungen, Modellen und Paradigmen, birgt jedoch die Gefahr, neue und offene Perspektiven zu unterdrücken beziehungsweise alte machtvolle Demokratieerzählungen im Digitalen zu normalisieren. Was im Rahmen digitaler beziehungsweise digitalisierter Demokratien als normativ wünschenswert und realistisch gilt, entfaltet sich dann als selektive Deutung demokratischer und digitaler Realitäten, die kritisch zu hinterfragen sind.

Ziel des Beitrags ist es, die spezifischen Probleme herauszuarbeiten, die sich durch die Verquickung machtdurchzogener Erzählungen der Demokratie und des Digitalen ergeben. Bezüglich eines gegenwärtigen Realismus innerhalb der digitalen Demokratietheorie widmen wir uns in *Kapitel 2* zunächst der prinzipiellen Umstrittenheit des Demokratiebegriffs von Seiten historischer Transformationsprozesse sowie aktueller, postdemokratischer und digitaler, Bedeutungsverschiebungen. Problematisch erscheint uns im Zuge einer zweiten Welle digitaler Demokratie ein pragmatischer Fokus, welcher einen ko-evolutionären Prozess zwischen Demokratie und Digitalisierung über vorgelagerte normative Modelle gestalten will. Daraus resultierend erkennt *Kapitel 3* eine Imbalance im Spannungsverhältnis von kritischer Reflexion und technologischer Aktualität, weil gerade das pragmatische Nachdenken über die Demokratie im Digitalen, ausgehend von machtvollen Demokratie modellen und deren Deutungen digitaler Möglichkeits- und Verwirklichungsräume, mitunter als unrealistisch gelten muss. Angesichts der Notwendigkeit theoretischer Instrumente zur Rechtfertigung realistischer Demokratieentwürfe schlagen wir hier vor, digital-demokratische Strukturen stärker hinsichtlich der tatsächlichen Einlösung ihrer Autonomieversprechen zu bewerten. Auf Grundlage einer techniksoziologischen Beschreibung des Digitalen problematisiert *Kapitel 4* daher Aspekte der Konstruktion von Realität sowie die Menschengemachtheit und Kontingenz von Technik für die Theoriebildung. Zum einen, weil auch hier machtvolle Deutungen des Digitalen existieren, die im Zusammenspiel mit selektiven Demokratieerzählungen den Blick auf Theoriealternativen verstellen. Zum anderen, weil

digitale Technologien selbst Fragen und Ambivalenzen bezüglich der Produktion von (verdeckten) Deutungen aufwerfen. Das *Fazit* hält fest, dass sich ein Realismus innerhalb der digitalen Demokratietheorie nicht aus der instrumentellen Logik des Umgangs mit diagnostizierten Demokratiedefekten oder einer deterministischen Sicht auf Technik ergibt, sondern aus der notwendigen Reflexion normativer Demokratiemodelle in Bezug auf die Gemachtheit digitaler Technik und der tatsächlichen Ermöglichung von Autonomie und Authentizität im politischen Prozess.

2. Von (vor-)digitalen Krisen, Versprechen und Transformationen der Demokratie

Folgt man der Annahme, dass der Demokratiebegriff überhaupt nur im Rahmen einer Krisengeschichte zu verstehen ist, weil es kaum Zeiten seiner unhinterfragten Selbstverständlichkeit gegeben hat (vgl. Nolte 2012: 226), erschließt sich ein moderner Siegeszug der Demokratie nur im Kontext einer dreifachen semantischen Transformation: Positivierung, Futurisierung und institutionelle Anreicherung überführen einen auf die Vergangenheit antiker Stadtstaaten bezogenen Negativbegriff in ein positives Zukunftsprojekt moderner Flächenstaaten. Wurden physische Präsenz, aktive Partizipation und autonomes Handeln in der griechischen Polis für die „Beratungen und Beschlüsse der allgemeinen Angelegenheiten und Gesetze“ (Hegel 1986, zit. nach Saage 2005: 40) vorausgesetzt, haben moderne Demokratien das Moment der direkten Beteiligung zugunsten liberaler Abwehrrechte und des Einbaus eines parlamentarischen Repräsentativsystems weitgehend aufgegeben (vgl. Buchstein 2013a: 105 f.). Einer Standardisierung demokratischen Systemwissens im Sinne eines relativ klar abgesteckten, liberalrepräsentativen Bedeutungskerns (vgl. Raschke 2020: 105) liegt insofern vor allem die erfolgreiche Adaption nationalstaatlicher Massendemokratien hinsichtlich veränderter Umwelt- und Kontextbedingungen zugrunde. Eng verbunden mit diesem ‚Triumph‘ einer hegemonialen „Einheitsvorstellung politischer Ordnungen“ (Brodocz 2015: 24) beziehungsweise der Wahrnehmung moderner Demokratien als Varianten ein und desselben Paradigmas (vgl. Colliot-Thélène 2018: 28) ist dann auch die Realisierung ihrer affirmativen Versprechen (Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Gleichheit, Partizipation, Wohlstand et cetera), an denen sie sich mitunter messen lassen müssen (Buchstein 2013b: 34).

Dass sich die Krise der Demokratie nach wie vor als ein ergiebiges Forschungsprogramm erweist (vgl. Ercan/Gagnon 2014; Przeworski 2019), zeigt sich jedoch weniger an gänzlich neuen Herausforderungen, sondern vielmehr an strukturellen Problemen und Schwachstellen, welche durch die postnationale Konstellation immer weiter offengelegt wurden (vgl. Habermas 1998). Als räumlich und zeitlich versetztes Symptom stellt damit auch der jüngste „populistische Schmerzensschrei“ (McCormick 2017: 41) kein gänzlich neues Phänomen dar, sondern muss als Hinweis auf multiple und interdependente ökonomische, politische und kulturelle Krisen der Demokratie verstanden

werden (vgl. Brown 2019; Fukuyama 2018; Manow 2020). Er unterstreicht jedoch, inwiefern angesichts wirtschaftlicher Abstiegsängste, politischer Repräsentationslücken, sozialer Marginalisierung oder kultureller Identitätskonflikte eine umfängliche Einlösung demokratischer Versprechen weiter ausbleibt.

Abseits der fatalistischen Zurkenntnisnahme einer prinzipiellen Inkompatibilität von Spätmoderne und Demokratie sowie vielfältigen vordigitalen Vorschlägen zur Demokratieerweiterung (vgl. Geißel/Newton 2012), plädieren elitendemokratische Ansätze mit Verweis auf eine Gefahr für die Steuerungsfähigkeit moderner Demokratien mitunter erneut dafür, nicht mehr, sondern weniger Partizipation und Selbstbestimmung zu wagen (vgl. Körösenyi 2005). Ein entsprechender Lösungsvorschlag ist jedoch nicht zuletzt Ausdruck einer neuerlichen semantischen Begriffstransformation, welche angesichts anhaltender postdemokratischer Diagnosen das Überleben der Demokratie über deren Rationalisierung und Effektivität zu sichern versucht (vgl. Buchstein/Jörke 2003: 471; Crouch 2021). Die partizipativen Momente „einer gleichen und möglichst unmittelbaren Teilhabe an den politischen Entscheidungen“ (Jörke 2011: 169) werden darin als vermeintlich irrationaler, ineffektiver und realitätsentrückter Ballast einer republikanischen Säule weitestgehend abgeschüttelt und die Demokratietheorie läuft hier im schlimmsten Fall Gefahr, sich der fatalistischen Unterordnung zugunsten einer alternativlosen Organisation, Verwaltung und Strukturierung von Politik fügen zu müssen (vgl. Buchstein/Jörke 2003: 476).

Gegenüber solchen Rationalitäts-, Effektivitäts- und Steuerungserwägungen der postnationalen Konstellation finden sich emanzipatorische Transformationsversuche der Demokratie heute vor allem im Rahmen der digitalen Konstellation (vgl. Berg et al. 2020). Aus historischer Perspektive ist eine demokratietheoretische Beschäftigung hier zwar keineswegs neu, angesichts hoher Veränderungs- und Ausbreitungsraten des Digitalen ist diese jedoch geprägt von unterschiedlichen Wellen und sich wandelnden Bildern einer digitalen beziehungsweise E-Demokratie. Dominierten während den 1980er und 1990er Jahren Perspektiven einer Tele- beziehungsweise virtuellen Demokratie, welche neue Visionen entwickelten, um die räumliche wie politische Trennung der Bürger:innen mit dem Ziel einer direkten Demokratie ohne vermittelnde Institutionen zu überwinden, hat die Forschung seit dem Jahrtausendwechsel weitgehend Abstand von stark utopischen beziehungsweise revolutionären Entwürfen genommen (vgl. Vedel 2006: 226 ff.). Im Fokus standen zunächst reformierende Absichten, welche eine möglichst breite Partizipation und gute Repräsentation unter dem Schlagwort *Web 2.0* zu ermöglichen versuchten. Dagegen betonten Perspektiven einer Netzwerk-Demokratie diesbezüglich den formativen Einfluss digitaler Strukturen auf demokratische Institutionen (vgl. Deseriis 2020: 3; Berg/Hofmann 2021: 5).

Waren frühe Arbeiten zudem stark von einer dichotomen Gegenüberstellung zwischen Techniqueuphorie und -pessimismus bestimmt (vgl. Norris 2001), trägt die neuere Forschung nicht nur den Ambivalenzen in der Ausbreitung digitaler Technik Rechnung (vgl. Kersting 2012; Fleuß et al. 2019), sondern bezieht auch das spezifische Wechselverhältnis von Digitalisierung und Demokratie stärker mit ein (vgl. Berg et al. 2020).

Ein verbindender Aspekt einer „second wave of digital democracy“ (Gerbaudo 2019: 106) findet sich jedoch in der Prämisse, dass bestehende Demokratien prinzipiell für veränderbar gehalten werden, das heißt, sich deren empirische Bedingungen, Institutionen und Praktiken mit Hilfe digitaler Technologien positiv beeinflussen lassen. Gegenüber den vorhandenen de-institutionalisierenden Aspekten, die vordigitale demokratische Institutionen und Prozesse unterlaufen, liegt somit ein pragmatischer Fokus auf den Potentialen digitaler Technologien, welche es – im Sinne der politischen Selbstbestimmung der Subjekte – in empirischen und experimentellen Umgebungen in die Praxis umzusetzen gilt (vgl. Berg/Hofmann: 7; Deseriis 2019: 2; Hofmann et al. 2019: 11 f.). Jedoch hat gerade die Anerkennung von Funktionslogiken im Rahmen einer „netzrealistischen Perspektive“ (Kneuer 2013: 8) und die spezifische Auseinandersetzung mit kleinteiligen Untersuchungsgegenständen (Beratungs- und Entscheidungssoftware, algorithmische Systeme et cetera) mitunter dazu geführt, „[that] the field as a whole seems to have missed [...] a higher level of abstraction“ (Deseriis 2019: 2). Dies gilt bezüglich normativer Modelle und Kriterien einerseits, weil die aktuelle Dominanz deliberativer Strömungen die neuen experimentellen Praktiken und Institutionen bestimmt und andererseits, weil sich die Betonung eines ko-evolutionären Prozesses zwischen Demokratie und Digitalisierung (vgl. Hofmann 2019: 30) auf jene real-existierenden Demokratien stützt, deren hegemoniales, liberal-repräsentatives Paradigma trotz der „sehr wechselhaften Füllung des Demokratiebegriffs in der Geschichte der politischen Ideen“ auch im Digitalen „einen seltsam universalen Zug behauptet“ (Thiel 2019: 52; vgl. auch Schmitter 2017).

3. Zum Realismus einer digitalen Transformation der Demokratietheorie

Nicht zuletzt im Verweis auf eine pragmatische oder netzrealistische Perspektive wird deutlich, dass die Politische Theorie in der digitalen Konstellation vor einer prinzipiellen Herausforderung steht, weil sie in der Auseinandersetzung mit dem Digitalen die Wahrung ihrer bewussten, kritischen Distanz zum Ereignishaften und Konkreten zu einem gewissen Grad aufgeben muss (Jacob/Thiel 2017: 9). Dies gilt für die Demokratietheorie jedoch nicht nur in Bezug auf das Wechselverhältnis von Demokratie und Digitalisierung, sondern auch für die disziplinäre Debatte zwischen historischer Genese, normativer Begründung und empirischer Analyse. Fragen nach dem gegenwärtigen Realismus einer digitalen Transformation innerhalb der Demokratietheorie stellen sich daher nicht erst in Bezug auf das Funktionieren und Verständnis eines unscharfen Begriffes der digitalen Demokratie (vgl. Berg/Hofmann 2022: 2; Borucki et al. 2021: 360), sondern stets grundlegend für die Demokratie als umstrittenen Begriff an sich. Für Entwürfe demokratischer Zukunftsszenarien hat Benjamin Barber (1998: 585) daher treffend festgehalten, dass die Rolle digitaler Technologie nur dann angemessen in die Diskussion einfließen kann, wenn Klarheit hinsichtlich eines Demokratiebegriffs beziehungsweise allgemein anerkannter Grundwerte und

Geltungsansprüche besteht: „unless we are clear about what democracy means to us, and what kind of democracy we envision, technology is as likely to stunt as to enhance the civic polity“.

Eine politikphilosophische Debatte um Möglichkeiten realistischer Theoriebildung verweist hier aber zurecht auf die problematischen Vorbedingungen eines politischen Moralismus, der als *high liberalism* gerade auf die falsche Weise utopisch ist, weil er versucht, vermeintlich konsensfähige Modelle und Prinzipien zu verordnen. Demgegenüber steht ein politischer Realismus, welcher in der Politik die Autonomie der Moral vorlagern will, um nach jenen Umständen zu fragen, in denen akzeptable Antworten auf Ordnung, Macht und Legitimation gefunden werden können (vgl. Galston 2010: 287 ff.; Hall 2015: 294; Rossi/Sleat 2014: 654).¹ In Bezug auf das *wording* ‚realistisch‘ könnten die Implikationen für eine Demokratie im Digitalen dann jedoch nicht unterschiedlicher sein. Setzt Ersterer für normative Modelle den robusten Test und die Berücksichtigung der politischen wie gesellschaftlichen Realitäten und digitaler Affordanzen voraus, weist Letzterer die Vorgabe idealer Modelle und moralischer Prinzipien beziehungsweise Versprechen als unrealistisch zurück. Politische Theorie kann vor allem dann als realistisch gelten, wenn sie nicht mit der Explikation moralischer Ideale und Konzepte beginnt, sondern mit einem interpretativen Verständnis der Praxis und Bedingungen von Politik selbst (vgl. Rossi/Sleat 2014: 690; Hall 2015: 284). Letzteres gilt für Fragen einer digitalen Transformation der Demokratie zum einen, weil das Digitale in Bezug auf die Strukturen des politischen Lebens und die Koordination von Freien und Gleichen zunehmend an Bedeutung gewinnt, und zum anderen, weil technisch geprägte Vorstellungen gesellschaftlicher Steuerung im modernen Verfassungsstaat prinzipiell mit der Autonomie der Subjekte konkurrieren (Schulz 2021).

Vor diesem Hintergrund erweist sich der pragmatische Fokus einer zweiten Welle digitaler Demokratie dahingehend als problematisch, dass sich abstrakte Zielvorstellungen stets im Spannungsfeld vordigitaler – argumentativ ausdifferenzierter, rivalisierender und machtvormittelter – Demokratiekonzepte entfalten (vgl. Buchstein 2013a: 117; Gadinger et al. 2014: 10). Damit beginnen entsprechende Zugänge nur selten mit der eigentlichen Notwendigkeit einer angemessenen Reflexion der Demokratie und ihrer Institutionen im Digitalen (vgl. Schaal 2016: 298), sondern bleiben vom Modus der Entscheidungsfindung zwischen Effizienz und Inklusion sowie der damit verbundenen Präferenz eines spezifischen Demokratiekonzepts und dessen Affordanzen determiniert

1 Um angesichts des sich verändernden Charakters von Macht und Legitimation im Internetzeitalter willkürliche Grenzziehungen zwischen moralischer politischer Philosophie und realer Machtpolitik zu überwinden, hat bereits David Runciman einen realistischen Zugang eingefordert, der die neuen, guten wie schlechten, Möglichkeiten von Politik auslotet. Im Sinne von Bernard Williams *basic legitimation demand* ist eine Kritik an bestehenden Machtstrukturen demnach überall dort anzuwenden, wo rechenschaftsfreie Formen den Test ihrer Legitimität mit Verweis auf einen „pursuit of something better than messy politics“ (Runciman 2017: 17) verweigern. Wir beziehen uns hier jedoch stärker auf die Debatte zwischen politischem Realismus und nicht-idealer Theorie, welche auf den Unterschied zwischen politischen und moralischen Werten bei der Begründung von politischer Ordnung abzielt und darüber versucht, der Politik, als Sphäre menschlichen Handelns, mehr Autonomie zu verleihen (Rossi / Sleat 2014).

(vgl. Barber 1998: 585; Lindner et al. 2020: 13 ff.). Die Aktualität der Debatte bestimmt sich somit vornehmlich über Zuschreibungen und Deutungen dessen, was das Digitale im Rahmen einer „Wiederbelebung der Demokratie“ (Meißelbach 2009: 75) für die Verwirklichung der jeweils eigenen Versprechen zu leisten vermag. Grundsätzlich verbunden sind damit entsprechende Fortschrittserzählungen der Ausbreitung des Digitalen in die Politik. Eröffnet das Digitale aus liberal-individualistischer Sicht neue Möglichkeiten, um partikulare Interessen innerhalb des politischen Systems zu realisieren, sehen Vertreter:innen deliberativer Modelle neue Chancen, um die demokratische Öffentlichkeit zu erweitern und eine bessere Responsivität der Entscheidungsträger:innen zu forcieren. Verfechter:innen autonom-marxistischer beziehungsweise direkt-demokratischer Modelle wiederum diskutieren die Möglichkeiten des Digitalen zur Vernetzung der Bürger:innen, um ‚neue‘ Formen der Demokratie zu erreichen. Darüber hinaus verweisen Konzepte einer Gegen-Demokratie auf digitale Potentiale außerhalb des politischen Systems – etwa in Bezug auf die Organisation von politischen Gruppen oder Protest (vgl. Dahlberg 2011: 857 ff.). Und zu guter Letzt versuchen netzrealistische Perspektiven, die liberal-repräsentative Demokratie, „wie wir sie kennen“ (Schaal 2016: 280 f.), im Rahmen ihrer Digitalisierung neu zu vermitteln beziehungsweise mit digitalen Innovationen zu modernisieren (vgl. Berg/Hofmann 2021: 7, 15; Borucki et al. 2021: 360; Froomkin 2004: 3). Unabhängig von eher utopisch-revolutionären oder netzrealistischen Zielen ist dabei jedoch allen die Interpretation des Digitalen „als radikale Verfügbarkeitstechnik“ (Schulz 2021) gemein, welche ihre bisher uneingelösten Teilhabe- und Selbstbestimmungsversprechen verwirklichen soll.

Mit Blick auf einen vorherrschenden Realismus in der Demokratietheorie und Fragen nach dem Umgang mit digitalen Technologien bei der Theoriebildung vertreten wir daher die These, dass der prinzipielle Möglichkeitsraum des Digitalen aus demokratietheoretischer Sicht weniger entlang seiner tatsächlichen Funktionalitäten, sondern lösungsorientiert, ausgehend von den jeweils eigenen vordigitalen Krisendiagnosen, Paradigmen, Theorien, Konzepten und Begriffen sondiert wird. Im Kontext einer digitalen Transformation der Demokratietheorie führt dies zu einer Imbalance im Spannungsverhältnis von kritischer Reflexion und technologischer Aktualität. Einerseits, weil vorgelagerte normative Demokratiemodelle die Ambivalenzen in der Ausbreitung digitaler Technik zugunsten wahrgenommener Möglichkeitsräume teilweise wieder ausblenden müssen. Und andererseits, weil innerhalb einer zweiten Welle digitaler Demokratie die Forterzählung des Siegeszuges der Demokratie eng mit der Glaubwürdigkeit ihrer ‚realistischen‘ Verwirklichung durch digitale Technologien verbunden ist. Wenn jedoch die Funktionalitäten des Digitalen allein ausgehend von normativen Demokratiemodellen gedeutet werden, besteht die Gefahr, dass neue, offene und kontingente Perspektiven auf die Demokratie im Digitalen potentiell unterdrückt werden (vgl. Bastick 2017: 12; Berg/Hofmann 2020: 7 f.). Dies gilt gerade für demokratietheoretisch machtvollen Positionen, welche die digitale Adaption liberal-repräsentativer Institutionen und Prozesse als normativen „gold standard for legitimacy“ (Buchanan/Keohane 2006: 8) und vermeintlich realistischste Option ansehen (vgl. Lessig 1999: 12). Eine solche Erfüllungsgeschichte

der westlichen Moderne und ihres Demokratieparadigmas² entzieht sich jedoch geradezu dem normativen Reflexionsdiskurs und droht, mit Verweis auf Affordanzen und Notwendigkeiten, grundlegende Fragen nach Freiheit und Autonomie aus den Augen zu verlieren: „By applying new technology to political structures that are centuries old, [...] e-democracy [is] missing a large opportunity for impacting democracy through technology“ (Bastick 2017: 13). Digitale Demokratiekonzepte, welche ihre normative Deutungsmacht und Glaubwürdigkeit aus Erzählungen vordigitaler demokratischer Normalität beziehungsweise Realität speisen (vgl. Milstein 2015: 146), agieren hier mit Blick auf ihre eigene Verwirklichung mitunter im Rahmen eines digitalen „Solutionismus“ (Schulz 2021),³ der nicht per se mit mehr Autonomie für die Subjekte oder besseren gemeinschaftlichen Lösungen von Problemen einhergeht.⁴

Die Feststellung einer realistischen Theoriedebatte, dass wir normative Konzepte und moralische Ideen nicht ohne weiteres als politische Werte an sich heranziehen können, um Ordnungen zu begründen und zu legitimieren (vgl. Hall 2015: 286), gilt insofern auch für die digitale Demokratietheorie. Und gleichwohl Ethik im Verständnis moralisierter Ideen mit Geuss als tote Politik betrachtet werden kann, die meist nur dem Sieger dient, bedarf doch jeder realistische Ansatz eines theoretischen Instruments, um zwischen guten und schlechten Formen strukturierten Zwanges unterscheiden zu können (vgl. Rossi/Sleat 2014: 692 f.; Runciman 2017). Rechtfertigungsstandards für die Ausübung politischer Macht finden sich sodann entweder in der (ideologie-)kritischen beziehungsweise genealogischen Auseinandersetzung mit politischen Werten (vgl. Runciman 2017: 13) oder aber im Versuch des Zugriffs auf nicht-politische Werte (vgl. Hall 2015: 284). Für eine realistische demokratietheoretische Reflexion schlagen wir daher vor, Fragen der Autonomie verstärkt in die Theoriebildung einer digitalen Transformation einzubringen. Wenn ausgehend von empirischen Demokratien und normativen Modellen uneingelöste Teilhabe- und Selbstbestimmungsversprechen mit Hilfe digitaler Technologie verwirklicht werden sollen, müssen sich innovative Strukturen und Prozesse danach befragen lassen, inwiefern sie tatsächlich mehr Autonomie ermöglichen. Dies gilt sowohl, wie bisher aufgezeigt, für die kritische Reflexion normativer Demokratiemodelle im Digitalen als auch in Bezug auf die prinzipielle Gemachtheit jener digitalen Technik, die den Subjekten mehr Autonomie verspricht. Da sich jedoch gerade die Verquickung demokratietheoretischer Deutungen des Digitalen mit der prinzipiellen Gemachtheit von digitaler

2 Als Beispiel aus der demokratischen Krisenliteratur setzen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2019: 204 ff.) historische Krisendiagnosen der liberal-repräsentativen Demokratie in Bezug zu gegenwärtigen Gefahren und ihrer Rettung, während David Runciman (2018: 165 ff.) eine solche Alternativlosigkeit von Leben oder Sterben, nicht zuletzt mit Blick auf das Digitale, als Anfang von etwas Neuem auflöst.

3 Selbst die Frage nach der praktischen Umsetzung digitaler demokratischer Innovationen entfaltet sich dann primär im Zeichen technischer Effizienz, beispielsweise einer kostenreduzierenden Logik politischer Partizipation durch digitale Medien (vgl. Deseriis 2020) und weniger mit Verweis auf normative Frage der Autonomie (vgl. Schulz 2021).

4 Die großen Erzählungen der (Technik-)Soziologie stellen nicht zuletzt deshalb die Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit von Politik und Demokratie im digitalen Zeitalter infrage (vgl. Berg et al. 2020: 9 ff.; Baecker 2018: 97; Stadler 2016: 209).

Technik als heikel für das autonome Handeln in der Politik erweisen kann, erscheint es uns hier sinnvoll, die Gemachtheit von digitalen Funktionalitäten und digital vermittelten Realitätszugängen genauer zu beleuchten.

4. Zwischen Realität und Reflexion: Zum Umgang mit digitalen Technologien

Wie zuvor bereits angedeutet, stehen Politische Theorie und Demokratietheorie immer vor dem Dilemma, dass sie die Effekte und Veränderungen, die im Zuge der Digitalisierung auftreten, nur angemessen und valide in wissenschaftlichen Debatten erörtern und in politiktheoretische Konzepte einfließen lassen können, wenn die *vorgelagerte* sozial-/technikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Digitalen selbst angemessen und dessen Beschreibungen zutreffend sind. Sind Betrachtungen des Digitalen zu eindimensional, werden auch die daraus abgeleiteten Theorien und Konzepte an der Realität scheitern. Gleichzeitig scheint ein holistischer Ansatz aufgrund der Überkomplexität des Untersuchungsgegenstandes sowie der hohen Ausbreitungs- und Veränderungsraten des Digitalen nicht zielführend. Insbesondere mit Blick auf das kritische Bewusstsein der Demokratietheorie gilt hier, dass das Ziel nicht die Vereinheitlichung der Diskussion sein sollte, sondern der Mehrwert gerade in der Zersplitterung liegen kann.

Ein diesen Umstand berücksichtigendes Konzept aus der Soziologie arbeitet mit einem Verständnis des Digitalen, das dessen Ambivalenzen und soziale Gemachtheit verdeutlicht, indem Gemeinsamkeiten in der Unterschiedlichkeit digitaler Technologien, Logiken und Strukturen betont werden (vgl. Brumme 2020). Das Digitale ist dann nicht durch einzelne, konkrete Technologien (wie beispielsweise *das* Internet) gekennzeichnet, sondern wird vielmehr verstanden als Assoziation, als komplexe Zusammenhangsstruktur unterschiedlicher Entitäten im Sinne Latours (2007: 17). ‚Entitäten‘ meint hier alles, was einen Unterschied macht: Ideen, Artefakte, Menschen, Programme, Bewertungspraktiken und Technologien. Das Digitale zeichnet sich nicht durch eine eindeutige Benennbarkeit aus beziehungsweise durch die mögliche direkte Ableitung gesellschaftlicher Folgen und Entwicklungen (hin zur Dystopie *oder* hin zur Utopie), sondern durch eine weite Vorstellung als etwas Interdependentes und Netzartiges, welches Strukturen, technische Artefakte, menschliche Praktiken und Bewertungslogiken miteinander verbindet. Man könnte mit Baecker (2018: 24) sagen: Das Gemeinsame ist die interne binäre Codierung oder mit Nassehi (2019): Das Gemeinsame ist das Versprechen der Bereitstellung *einer* Lösung für *viele* gesellschaftliche Probleme. Das Digitale wird dann als etwas verstanden, das zwar grundlegend auf binärer Digitaltechnologie beruht, Elektrizität bedarf und auf physische Geräte angewiesen ist, dessen Grenzen dadurch aber nicht definiert sind. Schlichtweg deshalb, weil sich digitale Logiken des Arbeitens, Bewertens und Lösens von Problemen auch in nicht- oder vordigitale Bereiche der Gesellschaft einnisten. Das Digitale ist nichts Geschlossenes, sondern die Ausbreitung einer spezifischen digitalen Logik, Bewertung und Weltsicht. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Digitalen wird dadurch dennoch nicht beliebig

und willkürlich. Vielmehr wird so der Blick auf entstehende Ambivalenzen digitaler Gesellschaften ermöglicht und dadurch wissenschaftliche Relevanz und Erkenntnismöglichkeit hergestellt.

Für die Demokratietheorie lassen sich die relevanten Ebenen der Digitalisierung demnach ausgehend von der Reflexion der Bedingungen und Eigenschaften identifizieren, unter denen sich Politik in einer digitalen Gesellschaft vollzieht. Essentiell ist diesbezüglich neben der Betonung der Dynamik und Vielschichtigkeit der Digitalisierung vor allem die Überwindung der Fokussierung auf das Internet als diskursdominierende Großtechnologie (vgl. Berg et al. 2020: 4). Im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Digitalen muss vermieden werden, auf scheinobjektiv gegebene Eigenschaften digitaler Technik zu rekurrieren. Der politische Möglichkeitsraum erscheint sonst sehr schnell in jenen Grenzen beengt, die die technische Infrastruktur des Digitalen setzt. Doch diese Grenzen sind nicht im Sinne *direkter* Technikfolgen objektiv vorhanden, sondern sozial konstruiert, ökonomisch gewollt oder regulatorisch durchgesetzt.

Es sollte daher nicht der Fehler begangen werden, Politik als etwas zu begreifen, das sich (nur) in dem gesteckten Rahmen bewegen, entfalten und wirken kann. Es besteht die Gefahr der Externalisierung beziehungsweise Fatalisierung des Digitalen; der Zuschreibung von Digitaltechnik als Etwas, das von *außen* über Gesellschaft kommt und unter dessen (technischen) Bedingungen der Versuch von Adaption, Regulation und Handlung unternommen werden muss. Diese Überbetonung der determinierenden Wirkung von Technik unter Ausblendung der konstruktivistischen Momente (zur Übersicht vgl. Passoth 2008) ist fehlgeleitet und deutet möglicherweise auf ein Grundproblem der digitalen Transformation der Demokratietheorie hin: Denn das Wissen darüber, was Technik ist, kann und ermöglicht, ist der Technik selbst nicht eingeschrieben, vielmehr ist es das Ergebnis einer sozialen Konstruktionsleistung, bestimmt durch Deutungen, Narrationen und Zuschreibungen. Dies lässt Technik, ihr Verständnis und die Möglichkeiten, die ihrem Einsatz entspringen, aber nicht beliebig werden, da auch technische Entwicklungen Pfadabhängigkeiten unterliegen; das heißt, von ökonomischen Interessen getrieben, durch Regularien beschränkt und durch physikalische Gegebenheiten begrenzt werden. Es sind jedoch auch mächtige sinnstiftende Erzählungen (*broadcast yourself, connecting the world*), die die Ausbreitung des Digitalen begleiten und vorantreiben. Und es sind auch diese Narrationen, die digital-demokratische Modelle und Versprechen mit Nachdruck in die wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskurse tragen und somit die Wahrnehmung von Realität und Möglichkeitsräumen mitbestimmen. Diese sind jedoch nicht überindividuell gegeben, sondern immer auch das Ergebnis eines gesellschaftlichen, machtdurchzogenen Konstruktionsprozesses.

4.1 Zur Gemachtheit von Realität und zur Nicht-Neutralität von Technik

Die Auseinandersetzung mit der Frage nach der Verfasstheit beziehungsweise dem Zugang zu Realität führt prinzipiell zu zwei möglichen Antworten. Die Position des Realismus geht von einer vom Menschen unabhängig existenten Realität aus, wohinge-

gen der Konstruktivismus die (soziale) Gemachtheit von Realität betont. Die erste fragt, *was* etwas ist, die zweite, *wie* etwas erzeugt wird. Im Gegensatz zur ontologischen Perspektive des schlichten Vorhandenseins von Welt und Realität wird im Konstruktivismus das gesellschaftliche Hervorbringen von handlungsleitender Realität betont (vgl. Glasersfeld 1992).

Der konstruktivistische Ansatz hat den Vorteil, dass er unter anderem leicht erklären kann, warum Menschen sich in gleichen Situationen unterschiedlich verhalten: Sie interagieren schlicht aufgrund verschiedener Konstruktionsprozesse und -ergebnisse in unterschiedlichen Realitäten (vgl. Thomas/Thomas 1928: 572; Patzelt 2001: 43). Daraus folgt jedoch nicht, dass Realität beliebig zusammengestellt werden kann; die Konstruktion folgt gesellschaftlichen Strukturen und etablierten Plausibilisierungsprozessen und ist nie allein das Ergebnis individuellen Wollens, sondern immer kollektiven Erschaffens (vgl. Berger/Luckmann 1969). Der Vorteil einer als sozial konstruierten im Gegensatz zu einer als faktisch vorliegend angenommenen Realität offenbart sich bei der Auseinandersetzung mit Fragen nach der Rolle von Macht für die Konstruktion spezifischer Realitätsangebote. Hier zeigt sich, dass Macht und insbesondere Deutungsmacht (vgl. Vorländer 2006; Stoellger 2014; Schulz 2021) eine maßgebliche Ressource im Kampf um spezifische Realitätsdeutungen ist und somit auch entscheidend für die sich anschließenden Folgehandlungen. Die Macht, Welt auf eine spezifische Art sehen zu lassen, verschleiert die Gemachtheit von Realität und somit auch deren Kontingenz und potentielle Andersartigkeit. Deutungsmacht ist dabei ungleich verteilt: Bestimmte Personen, Positionen oder Akteur:innen sind mal mit mehr, mal mit weniger Deutungsmacht ausgestattet und können in gesetzten Rahmen je andere Zielgruppen bestimmte Dinge so oder anders ‚sehen lassen‘ oder es zumindest versuchen.

Dieser erkenntnistheoretische Zugriff auf Realität hat weitreichende Folgen, auch für Technik und insbesondere für den interessierenden Gegenstand des Digitalen. Denn Deutungsmacht wäre eine Antwort auf die Frage, warum Technik weder gut noch schlecht, aber eben auch nicht neutral ist (vgl. Kranzberg 1986: 546). Diese Zuschreibungen stellen sich dann nämlich erst als Ergebnis von Deutungskämpfen mit ungleichen Zugangschancen ein. Es sind auch diese wirkmächtigen Deutungen, die unsere Vorstellungen der Potentiale und Gefahren von Technik und Produkten mitbestimmen. Selbstverständlich nicht ausschließlich und beliebig, jedoch darf das Gewicht von Deutungsmacht beim Labeln von Algorithmen als ‚smart‘, Überwachungssoftware als ‚unbiased‘ oder KI-Systemen zur Krebszellenerkennung als ‚unfehlbar‘ nicht unterschätzt werden. Das vermeintliche Wissen darum, was Technik leisten kann, ist kein objektives, schlicht gegebenes Wissen, das dem Artefakt selbst innewohnt und nur freigelegt werden muss, sondern von Macht durchzogenes Wissen. Unsere Annahmen von Technik, deren Funktionalität und Berechtigung sind immer auch das Ergebnis von Deutungsprozessen. Der entscheidende Aspekt, der von allen Wissenschaften, die sich mit Technik(-folgen) befassen, berücksichtigt werden sollte, ist die kritische Reflexion einer zweifachen Machtdurchzogenheit von Technik: (1) im Entwicklungsprozess von Technik/Produkten und (2) im Zuge der anschließenden Deutung dieser Artefakte. Diese ungleichheitsrelevante

Dimension von Technik trifft selbstverständlich auf alle Artefakte, Technologien et cetera zu und nicht nur auf die besonders fortgeschrittenen digitalen. Schon immer war Macht im Bereich der Entwicklung sowie der anschließenden Deutung von Technik ungleich verteilt. Gemessen an den Chancen zur Ermöglichung von Autonomie und Authentizität der Individuen als normativer Maßstab für Politik und ein gelingendes Leben (vgl. Rosa 2009: 90 ff.; Rossi/Sleat 2014: 690), ist es jedoch entscheidend, über welche Technologien gedeutet wird und welche Rolle Technik allgemein in einer Gesellschaft spielt (vgl. Jacob 2019: 32). So werden die Missverhältnisse im Deutungszugang in modernen digitalen Gesellschaften, in denen Algorithmen den Zugang zur Realität strukturieren (News-Feed), über Unfallausgänge entscheiden (autonomes Fahren) oder die Vergabe von Jobs mitbestimmen (Recruiting-Algorithmen), eklatant. Es scheint gar, dass Verschleierung und Täuschung (über die eigenen Fähigkeiten, das eigene Wesen und die eigene Neutralität) aufgrund ihrer Funktionsabsicht integraler Bestandteil insbesondere moderner, digitaler KI-Technologien sind (vgl. Natale 2021).

4.2 Zur Gemachtheit von Technik

Auch für die Demokratietheorie ist es unabdingbar, die soziale Überformung von Technik als solche zu benennen und in den Diskussionen und Debatten der Theoriebildung stärker zu gewichten. Technologien allgemein und digitale Artefakte im Speziellen treten nicht unvermittelt in die Welt und wirken aus einem inneren Sinn heraus unintentional und neutral auf die politischen Akteur:innen und Institutionen ein. Bestimmte Verständnisse des Digitalen legen dies jedoch insofern nahe, als hier Digitalisierung als technisch-soziale Anordnung gefasst wird, die je spezifische (soziale) Effekte hervorruft beziehungsweise durch die jeweilige Technologie oder Dienstleistung eine Struktur von Ermöglichung (und Verhinderung) erzeugt (vgl. Berg et al. 2020: 12 ff.). Natürlich ist es unbestritten, dass neue technische Artefakte immer auch eine Verschiebung der Möglichkeitsräume von denkbaren und undenkbar Handlungen und Strukturen bewirken. Dies ist aber nur *ein* Aspekt der Wirksamkeit von Technik, der ihrer grundlegenden sozialen Konstruiertheit entspringt und dem Vergessen ihrer absichtsvollen Entwicklung⁵ mit all den sozialen Implikationen Vorschub leistet. Bei der Darstellung von Technik als etwas Neutralem (als Netzwerk, das Kommunikation und Abstimmung ermöglicht, als Daten-Tool, das öffentliche Meinungen quantifiziert, als Künstliches-Intelligenz-System, das den Willen der Wähler:innen einfach abbildet), wird daher nicht selten die Machtdurchzogenheit jener praktisch realisierten Affordanzen übersehen. Die Technik verdeckt, dass soziale Ungleichheiten in sie eingeschrieben sind und durch sie reproduziert werden (vgl. Norris 2001: 98; Zillien 2006: 17 ff.). Es wird ausgeblendet, dass mittels Technik Ansprüche durchgesetzt und vorteilhafte Positionen in der Gesellschaft erzeugt und stabilisiert werden.

5 Ohne dass damit bestritten werden soll, dass Zufälle eine wichtige Rolle bei der Entdeckung und Entwicklung neuartiger Technologien spielen.

Diese Machtanfälligkeit zeigt sich an wenigstens zwei Stellen im gesellschaftlichen Prozess der Erschaffung von Technik. Einerseits ist (1) die Auswahl von zu lösenden Problemen, die Entwicklung von Produkten, die Entscheidungen für und gegen ein bestimmtes Design, die spezifischen Funktionen des Produktes, die Bedienung und so weiter hochgradig selektiv und durch die an diesen Prozessen beteiligten Gruppen bestimmt. Technik ist dann nicht die eine neutrale Lösung für ein objektiv vorliegendes Problem, sondern die machtvolle Problematisierung von *Etwas*, das daraufhin als zu bearbeitendes Problem angesehen wird; einschließlich der Manifestation ‚richtiger‘ Lösungen für angebbare Personenkreise. Die Diffusion von Technologien transportiert damit auch eine spezifische, in die Technik eingeschriebene Sicht inklusive Normalitätsannahmen, Bewertungslogiken und Handlungspraktiken in die Welt. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Geschlechterblindheit in der medizinischen Medikamentenentwicklung, der Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch Selektionsalgorithmen oder beim Einsatz von KI-Systemen zur Identifizierung von ‚unangemessenen‘ Inhalten. All diese Beispiele zeigen die Subjektivität von Technik und den Einfluss machtüberlegener Akteure, bei deren Entwicklung, Verbreitung und Deutung.

Strukturelle Benachteiligungen und Vorteile bestimmter Gruppen der Bevölkerung, die in Technik eingeschrieben wurden, sind jedoch nicht zwangsläufig das Ergebnis der Böswilligkeit von Entwickler:innen. Sie sind (auch) das Ergebnis spezifischer, individueller Realitäten. Wenn eine homogene Gruppe, beispielsweise junger, männlicher Weißer in den USA, eine Lösung für ein identifiziertes Problem entwickeln (zum Beispiel das Vernetzbleiben mit Freunden und Bekannten), ist das Ergebnis dieser Entwicklung eben nur *ihr* spezifisches Verständnis des Problems. Dies gilt analog für die zuvor beschriebenen digitalen Transformationsversuche auf Grundlage konkurrierender Demokratiekonzepte. Die Ungleichverteilung von Macht, Einfluss und Zugang in Gesellschaften sind der Grund, warum Technik nie allen zugutekommt, sondern immer spezifische Gruppen und Schichten privilegiert und andere ausgrenzt. Besonders auffällig wird dies, wenn Technik – oder besser: Technikverständnis – gar als Grundvoraussetzung für demokratische Partizipation in Stellung gebracht wird (vgl. Berg et al. 2021). Technik ist daher auch eine Form der Festigung der eigenen Macht sowie der Reproduktion von Machtverhältnissen. Und Technik ist damit auch immer ein Weg, die eigene spezifische Sicht der Realität in die Welt zu tragen. Twitter wird dann in den Händen von Elon Musk zu einem Werkzeug, sein Verständnis von Redefreiheit zu verbreiten.

Ähnlich verhält sich dies für (2) die Rolle von Deutungsmacht bei der Zuschreibung von Gefahren und Potentialen von (Digital-)Technik. Auch hier sind es bestimmte, ungleich mächtige Akteur:innen und Positionen, die beispielsweise in der Lage sind Künstliche-Intelligenz-Systeme als ‚überlegen‘, Sortieralgorithmen als ‚effizient‘ und Gesichtserkennungssoftware als ‚neutral‘ zu definieren. Dass angenommene Eigenschaften von Technik jedoch lediglich kontingente, sozial konstruierte Zuschreibungen sind, wird ersichtlich, wenn wir beispielhaft die Verwendung des Begriffs der ‚intelligenten‘ Programme im Verlauf der Geschichte betrachten. So galten in den 1990er Jahren Schachcomputer als ‚intelligent‘, da sie die besten menschlichen Spieler schlagen konn-

ten (vgl. Newborn 2002). 25 Jahre später würde diesen Programmen, die sich mittlerweile auf jedem Smartphone befinden, niemand mehr ernsthaft Intelligenz zusprechen. Diese Zuschreibungen sind weitergewandert hin zu *deep learning*-Algorithmen und Systemen, die auf künstlichen neuronalen Netzen basieren (vgl. BBC 2016). In weiteren 25 Jahren – so die Vermutung – wird auch diese Systeme niemand mehr als ‚intelligent‘ bezeichnen. Intelligenz (von Programmen) ist somit keine objektiv gegebene Eigenschaft der Technik, sondern lediglich eine kontingente Zuschreibung der jeweiligen Zeit. Gleiches gilt für die Kategorien ‚neutral‘, ‚smart‘ oder ‚effizient‘. Brandão (2021) zeigt diesbezüglich, wie sich Erzählungen in die wissenschaftliche, sich auf Neutralität berufende Beschreibung von fortschrittlicher Technik einschleichen und so die Wahrnehmung von Technik und die Erwartungshaltung gesellschaftlicher Akteur:innen nachhaltig beeinflussen.

Dieser Aspekt der Gemachtheit von Technik und auch ihre potentielle Andersartigkeit wird jedoch wirksam verschleiert und damit zum Problem für das autonome Handeln der Subjekte (sofern dies überhaupt als Problem wahrgenommen wird, vgl. Block/Dickel 2020: 118). Verschleiert durch die Unwissenheit um die Entwicklungs- und Produktionsprozesse, aber auch verschleiert durch Akteure, die durch Rückgriff auf Deutungsmacht in der Lage sind, die Ausbreitung spezifischer Technologien (Artefakte, Algorithmen, KI-Systeme) mit affirmativen Erzählungen und Deutungen der Technologien (als neutral, als effizient, als objektiv, als intelligent) zu flankieren und sie als konsequenten Fortschritt gegenüber vorherigen Entwicklungsschritten zu vermarkten. Insbesondere digitale Technik muss immer auch vor dem Horizont ihrer prinzipiellen Andersartigkeit betrachtet werden. Denn auch wenn „Code is Law“ (Lessig 1999) gilt, sollte Code beziehungsweise Technik nicht als etwas wahrgenommen werden, das neutral und losgelöst vom Menschen existiert, sondern als das kontingente Ergebnis sozialer Entwicklungs- und Deutungsvorgänge. Jedoch, das Internet könnte anders sein: Es könnte verschlüsselt(er), anonym(er) und damit weniger ökonomisch reizvoll sein. Dennoch wird Digitaltechnik viel zu selten vor dem Horizont ihrer potentiellen Andersartigkeit diskutiert, weil der Ist-Zustand als technisch vorgegeben erzählt wird. Regulierungsversuche werden zumeist nur innerhalb der Grenzen der digitalen Gegebenheiten unternommen und während affirmative Narrationen und instantane positive Feedbackeffekte die Ausbreitung des gegebenen Digitalen weiter vorantreiben, wird ein Anders immer unwahrscheinlicher (vgl. Brumme 2020: 134 ff.). So wird die Ausbreitung von digitalen Technologien, Artefakten und Dienstleistungen von selektiven Deutungen begleitet, die sich hinsichtlich ihrer Einschätzung, was das Netz ist oder wie das Digitale sein kann, bisweilen unvereinbar gegenüberstehen (vgl. beispielsweise Schmidt/Cohen 2013; Morozov 2013). Affirmative Narrationen im Sinne der technologievertreibenden, ökonomisch ausgerichteten Akteure scheinen dabei präsenter zu sein und eher gehört zu werden als alternative Erzählungen des Netzes, bei denen die Interessen der Nutzer:innen stärker im Mittelpunkt stehen. Die dominanten Deutungen dienen zumeist den machtüberlegenen Gruppen und verdecken die potentielle Andersartigkeit und soziale Gemachtheit von Digitaltechnik; Aspekte, die Wissenschaft gerade nicht übersehen darf.

4.3 Zur Verschleierung der Gemachtheit von digitalen Deutungen

Nun zeichnen sich digitale Gesellschaften durch neue Anbieter:innen auf dem Marktplatz der Deutungsangebote aus, weshalb deren Deutungsproduktion nicht mit einem vordigitalen Verständnis betrachtet werden sollte. Eine Besonderheit digitaler Gesellschaften besteht darin, dass es nicht mehr allein dem Menschen (beziehungsweise Parteien, Gerichten, Organisationen) vorbehalten ist, Welt kontingent für Andere zu deuten. Neue Akteur:innen haben die Bühne betreten, die permanent und doch kaum wahrnehmbar, lebensweltlich relevante Deutungen für Menschen produzieren: Es handelt sich um Bewertungs-, Sortier- und Selektionsalgorithmen, die in allen Ecken der digitalen Welt den Zugang zu eben dieser strukturieren, sinnstiftende Einschätzungen stabilisieren und Bewertungsmuster etablieren. Es sind Selektionsalgorithmen, die im Facebook-Feed (an)ordnen, was gerade in der Welt passiert, es sind Bewertungsprogramme, die entscheiden, welche Themen auf Twitter gerade trenden und es sind KI-Systeme, die automatisiert realitätskonstruierende Nachrichtenartikel schreiben. All diese digitalen Agent:innen ordnen und strukturieren unseren Zugang und unser Verständnis von Welt. Sie verdecken Ereignisse und Meinungen (durch das automatisierte Verbergen von Beiträgen auf Social-Media-Plattformen), sie ordnen Wahrheiten und erhöhen Sichtbarkeit (wenn Google ‚richtige‘ Antworten und ‚relevante‘ wissenschaftliche Artikel in den Suchergebnissen ganz oben anordnet) und sie erzeugen damit Wahrhaftigkeit, die ihrerseits als Entscheidungsgrundlage für späteres Handeln dient. Selbstverständlich haben analoge Akteur:innen ähnlichen Einfluss, wenn sie etwas auf die politische Tagesordnung setzen oder mit Hilfe ihrer positionalen Macht auf Missstände verweisen und so Aufmerksamkeit lenken. Digitalen Produzent:innen von Deutungen (und somit von Zugängen zur Welt) werden jedoch sehr spezifische Eigenschaften zugeschrieben, die menschlichen Akteur:innen, insbesondere in der Politik, eher abgesprochen werden: Es ist eine spezifische Art des Handelns und Bewertens, die zumeist als neutral, valide, objektiv und rational wahrgenommen wird. Während menschliche Deuter:innen fast augenblicklich mit Subjektivität, Voreingenommenheit, verborgenen Motivationen und einem Willen zur Macht in Verbindung gebracht werden, wird Technik als losgelöst vom Menschen, frei von Einflüssen und nicht auf den eigenen Vorteil bedacht beschrieben („*it's only a computer*“ (Lucas et al. 2014)). Es sind diese Diskrepanzen in der Zuschreibung von Merkmalen (an Technik, an Menschen), die digitale Deutungen effektiv naturalisieren und so wirksamer werden lassen. Deutende Akteur:innen unterschiedlicher Klassifikation (Politiker/Parteien, Algorithmen/KI-Systeme) sollten dementsprechend nicht mit dem gleichen Selbstverständnis betrachtet und analysiert werden. Dadurch würde die Überlegenheit der technisch/digitalen Agent:innen zusätzlich verdeckt werden. Digitale Deutungssysteme sind nicht ‚freier‘ von Vorurteilen, ‚neutraler‘ oder weniger durch ‚eigene‘ Motivationen getrieben als Politiker:innen oder Parteien; sie sind nur besser darin, ihre eigene Subjektivität und damit die Kontingenz ihrer Sinnproduktion zu verschleiern und zu verstecken – nicht unbedingt als aktiven Prozess des absichtlichen Tarnens, sondern eher als Folge eines fehlerhaften Zuschreibungsprozesses

an Technik. Die Vermutung, dass es keinen Unterschied macht, ob nun Menschen oder Algorithmen kontingenten Sinn produzieren, ist daher abzulehnen und es wäre ein Fehler, Deutungsangebote von Akteur:innen aus dem politischen und aus dem digitalen Kontext mit dem gleichen Interpretationsraster zu analysieren.

Digitale Deutungsangebote sind aufgrund der ausgeführten Neutralitätszuschreibungen an Technik bei weitem schwieriger als das zu enttarnen, was sie sind: kontingente Konstruktionen, Einordnungen und Bewertungen von Welt und keine objektiven, wahrhaften Beschreibungen von Wirklichkeit. Sich diesen Deutungen gegenüber ablehnend zu verhalten ist anspruchsvoller, als beispielsweise die als kontingent wahrgenommenen Deutungen von Politiker:innen abzulehnen und erfordert neue Formen der kritischen Auseinandersetzung. Menschliche Deutung schlicht als *eine Meinung unter vielen* einzuordnen, ist alltägliche Praxis. Deutungen und Konstruktionen des Digitalen hingegen – sei es bei der Anordnung von Nachrichten, dem Setzen von Schwerpunkten, der Ermittlung des Wählerwillens – sind viel schwerer als *Angebote* zu dekonstruieren. Sie gehen qualitativ weit über das hinaus, was beispielsweise Politiker:innen mit Blick auf die Lebensweltstrukturierung ihrer Rezipient:innen zu leisten vermögen. Sie sind allgegenwärtig, hochgradig personalisiert und in ihrer Gemachtheit effektiv verschleiert. Die Chance zur Ermöglichung eines gelingenden Lebens im Sinne einer selbstbestimmten, authentischen und autonomen Lebensweise wird jedoch mit jedem nicht bemerkten, realitätsverzerrenden Eingriff in die Lebenswelt der Menschen geringer; und das Digitale scheint in der Produktion von nicht als kontingent eingeordneten Deutungen besonders effizient zu sein. Gegenüber der bloßen Anerkennung von Funktionslogiken, müssen jedoch gerade die neuen Verständnisse der Funktions- und Wirkungsweisen realitätsstrukturierender digitaler Agentensysteme stärker in Konzepte digitaler Demokratie einfließen. Schließlich kann nur so eine kritische Reflexion darüber stattfinden, ob digitale Reformen und Innovationen tatsächlich zur Ermöglichung von Autonomie beitragen oder nur vorgelagerte normative Zielvorstellungen und Realitätsdeutungen transportieren.

5. Fazit

Bezüglich der Frage nach einem vorherrschenden Realismus innerhalb der Demokratietheorie lässt sich zunächst festhalten, dass sich *altes Denken* für *neue Gegebenheiten* als problematisch erweist, wenn vordigitale normative Demokratiemodelle nach Möglichkeiten ihrer Verwirklichung im Digitalen suchen, ohne die jeweils eigenen Realitätsbeziehungsweise Normalitätsdeutung zu reflektieren. Gerade wenn traditionelle Herleitungen des Politischen im Informationszeitalter ihre Verbindlichkeit verlieren (vgl. Castells 2017), können Maßstäbe politischer Normativität nicht mit Verweis auf vermeintlich (weiterhin) konsensfähige Modelle und Prinzipien gewonnen werden; zumal diese in einer liberalen, gegenwärtig stark polarisierten Gesellschaft ohnehin nicht erreicht werden können (vgl. Hall 2015: 285). Abseits externer moralischer Maßstäbe, sollte innerhalb einer digitalen Demokratietheorie daher ein stärkerer Fokus darauf liegen, inwiefern digital-

demokratische Strukturen der Forderung nach mehr Authentizität und Autonomie im politischen Prozess tatsächlich gerecht werden. Andernfalls kann der Wunsch nach einer emanzipatorischen Transformation der Demokratie im Digitalen selbst Teil der Verschleierung von Macht und Deutung werden und – durch die Hintertür – in eine „Demokratietheorie ohne Demokratie“ (Buchstein/Jörke 2003: 485) führen. Dies ist jedoch ausdrücklich keine Unterstellung – weder an theoretische noch an pragmatische oder experimentelle Zugänge, sondern ein Plädoyer zur notwendigen Reflexion angesichts machtvoller Erzählungen und Deutungen über die Demokratie und das Digitale selbst. Schließlich dürfen weder Theorie- noch Technologieproduzent:innen *ihre* Vorstellungen von Welt, Gesellschaft, Politik, Partizipation und Selbstbestimmung unkritisch in die Demokratie einschreiben. Wenn (neuartige) Technik nicht prinzipiell neutral, demokratisch und transparent ist, dann können es auch die Folgen ihres Einsatzes nicht sein. Die Verwirklichung demokratischer Versprechen durch die Deutung und Ausbreitung neuartiger Technologien erfordert somit eine kritische Perspektive auf die machtvolle Verquickung von Theorie und Technik. Dies gilt in einer digitalen Gesellschaft nicht zuletzt für die Bewertung und Rezeption von digitalen Deutungen beziehungsweise Deutungen des Digitalen, welche die Ordnung, Macht und Legitimation politischer Akteur:innen und Institutionen stützen.

Literatur

- Baecker, Dirk, 2018: 4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt, Leipzig.
- Barber, Benjamin, 1999: Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy. In: Political Science Quarterly 113, 573–589. <https://doi.org/10.2307/2658245>
- Bastick, Zach, 2017: Digital Limits of Government: The Failure of E-Democracy. In: Alois Paulin / Leonidas Anthopoulos / Christopher Reddick (Hg.), Beyond Bureaucracy. Towards Sustainable Governance Informatisation, Wiesbaden, 3–14.
- BBC, 2016: Artificial intelligence: Google's AlphaGo beats Go master Lee Se-dol; www.bbc.com/news/technology-35785875, 08.11.2022.
- Berg, Sebastian / Clute-Simon, Veza / Freudl, Rebecca-Lea / Rakowski, Niklas / Thiel, Thorsten, 2021: Civic Hackathons und der Formwandel der Demokratie. In: Politische Vierteljahresschrift 62, 621–642. <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00341-y>
- Berg, Sebastian / Hofmann, Jeanette, 2021: Digital Democracy. In: Internet Policy Review 10, 2–23. <https://doi.org/10.14763/2021.4.1612>
- Berg, Sebastian / Rakowski, Niklas / Thiel, Thorsten, 2020: Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30, 171–191. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00207-6>
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas, 1969: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt (Main).
- Block, Katharina / Dickel, Sascha, 2020: Jenseits der Autonomie. Die De/Problematisierung des Subjekts in Zeiten der Digitalisierung. In: BEHEMOTH – A Journal on Civilisation 13, 109–131.

- Borucki, Isabelle / Michels, Dennis / Marschall, Stefan, 2020: Die digitalisierte Demokratie. Ein Überblick. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, 359–378. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00234-3>
- Brandão, Martim, 2021: Normative roboticists. The visions and values of technical robotics papers; www.martimbrandao.com/papers/Brandao2021-roman-visions.pdf; 08.11.2022. <https://doi.org/10.1109/RO-MAN50785.2021.9515504>
- Brodocz, André, 2015: Die Dynamisierung demokratischer Ordnungen. In: Renate Martensen (Hg.), *Ordnungsbildung und Entgrenzung. Demokratie im Wandel*, Wiesbaden, 23–43. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02718-6_2
- Brown, Wendy, 2015: *Undoing the Demos: Neoliberalism's Stealth Revolution*, New York. <https://doi.org/10.2307/j.ctt17kk9p8>
- Brumme, Robert, 2020: *Zur Entfaltung des Digitalen in der Welt: Strukturen, Logik & Entwicklung*, Weinheim.
- Buchanan, Allen / Keohane, Robert, 2006: The Legitimacy of Global Governance Institutions. In: *Ethics & International Affairs* 20, 405–437. <https://doi.org/10.1111/j.1747-7093.2006.00043.x>
- Buchstein, Hubertus, 2013a: Moderne Demokratietheorien. In: Manfred Schmidt / Frieder Wolf / Stefan Wurster (Hg.), *Studienbuch Politikwissenschaft*, Wiesbaden, 103–130. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18987-1_5
- Buchstein, Hubertus, 2013b: Die Versprechen der Demokratie und die Aufgaben der Politikwissenschaft. In: Ders. (Hg.), *Die Versprechen der Demokratie*, Baden-Baden, 24–41. <https://doi.org/10.5771/9783845245966-24>
- Buchstein, Hubertus / Jörke, Dirk, 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: *Leviathan* 31, 470–495. <https://doi.org/10.1007/s11578-003-0027-8>
- Castells, Manuel, 2017: *Die Macht der Identität. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter. Wirtschaft. Gesellschaft. Kultur. Band II*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11322-3>
- Crouch, Colin, 2021: *Postdemokratie revisited*, Frankfurt (Main).
- Colliot-Thélène, Catherine, 2018: Fragile Demokratie. In: Winfried Thaa / Christian Volk (Hg.), *Formwandel der Demokratie*, Baden-Baden, 25–38. <https://doi.org/10.5771/9783845295787-25>
- Dahlberg, Lincoln, 2011: Re-Constructing Digital Democracy: An Outline of Four 'Positions'. In: *New Media & Society* 13, 855–872. <https://doi.org/10.1177/1461444810389569>
- Deseriis, Marco, 2020: Rethinking the Digital Democratic Affordance and its Impact on Political Representation: Toward a new framework. In: *New Media & Society* 23, 2452–2473. <https://doi.org/10.1177/1461444820929678>
- Fleuß, Dannica / Schaal, Gary S. / Helbig, Karoline, 2019: Empirische Messung digitalisierter Demokratien: Erkenntnistheoretische Herausforderungen und eine wissenschaftstheoretische Antwort. In: *Politische Vierteljahresschrift* 60, 461–486. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00186-6>

- Froomkin, Michael A., 2004: Technologies for Democracy. In: Shane, Peter (Hg.), *Democracy Online. The Prospects for Political Renewal Through the Internet*, London, 3–20.
- Fukuyama, Francis, 2018: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, Hamburg.
- Gadinger, Frank / Jarzebski, Sebastian / Yildiz, Taylan, 2014: Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen. Erzähltheorie. In: Dies. (Hg.), *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*, Wiesbaden, 3–38. https://doi.org/10.1007/978-3-658-02581-6_1
- Gagnon, Jean-Paul / Selen, Ercan A., 2014: The Crisis of Democracy. Which Crisis? Which Democracy? In: *Democratic Theory* 1, 1–10. <https://doi.org/10.3167/dt.2014.010201>
- Galston, William A., 2010: Realism in political theory. In: *European Journal of Political Theory* 9, 385–411. <https://doi.org/10.1177/1474885110374001>
- Geißel, Brigitte / Newton, Kenneth, 2012 (Hg.): *Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise?*, London.
- Gerbaudo, Paolo, 2019: *The Digital Party: Political Organisation and Online Democracy*, London. <https://doi.org/10.2307/j.ctv86dg2g>
- Glasersfeld, Ernst von, 1992: Konstruktion der Wirklichkeit und der Begriff der Objektivität. In: Ders. / Heinz von Foerster / Peter M. Hejl (Hg.), *Einführung in den Konstruktivismus*, München, 9–40.
- Habermas, Jürgen, 1998: *Die postnationale Konstellation: Politische Essays*, Frankfurt (Main).
- Hall, Edward, 2015: How to do Realistic Political Theory (and why you might want to). In: *European Journal of Political Theory* 16, 283–303. <https://doi.org/10.1177/1474885115577820>
- Hofmann, Jeanette / Kersting, Norbert / Ritzi, Claudia / Schünemann, Wolf, 2019: Politikwissenschaft und die digitale Gesellschaft. In: Dies. (Hg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*, Bielefeld, 9–23. <https://doi.org/10.1515/9783839448649-001>
- Hofmann, Jeanette, 2019: Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive. In: Dies. / Norbert Kersting / Claudia Ritzi / Wolf Schünemann (Hg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven*, Bielefeld, 27–46. <https://doi.org/10.1515/9783839448649-002>
- Jacob, Daniel / Thiel, Thorsten, 2017 (Hg.), *Politische Theorie und Digitalisierung*. Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783845280462>
- Jacob, Daniel, 2017: Die digitale Klassengesellschaft. In: Ders. / Thorsten Thiel (Hg.), *Politische Theorie und Digitalisierung*, Baden-Baden, 27–44. <https://doi.org/10.5771/9783845280462-27>
- Jörke, Dirk, 2011: Demokratie als Ideologie. In: Henrike Otten / Manfred Sicking (Hg.), *Kritik und Leidenschaft. Vom Umgang mit politischen Ideen*, Bielefeld, 169–182. <https://doi.org/10.1515/transcript.9783839415900.169>
- Kersting, Norbert, 2012: The Future of Electronic Democracy. In: Ders. (Hg.), *Electronic democracy*, Opladen / Toronto, 11–54. <https://doi.org/10.2307/j.ctvddzwcg.5>

- Kneuer, Marianne, 2013: Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie. In: Dies. (Hg.): *Das Internet. Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?*, Baden-Baden, 7–31. <https://doi.org/10.5771/9783845248110-7>
- Körösenyi, András, 2005: Political Representation in Leader Democracy. In: *Government and Opposition* 40, 358–378. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2005.00155.x>
- Kranzberg, Melvin, 1986: Technology and History: “Kranzberg’s Laws”. In: *Technology and Culture* 27, 544–560. <https://doi.org/10.2307/3105385>
- Latour, Bruno, 2007: *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*, Frankfurt (Main).
- Lessig, Lawrence, 1999: *Code and Other Laws of Cyberspace*, New York.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel, 2019: *Wie Demokratien sterben*, München.
- Lindner, Ralf / Aichholzer, Georg, 2020: E-Democracy: Conceptual Foundations and Recent Trends. In: Leonhard Hennen / Ira van Keulen / Iris Korthagen / Georg Aichholzer / Ralf Lindner / Rasmus Nielsen (Hg.), *European E-Democracy in Practice*, Wiesbaden, 11–45. https://doi.org/10.1007/978-3-030-27184-8_2
- Lucas, Gale M. / Gratch, Jonathan / King, Aisha / Morency, Luis-Philippe, 2014: It’s Only a Computer: Virtual Humans Increase Willingness to Disclose. In: *Computers in Human Behavior* 37, 94–100. <https://doi.org/10.1016/j.chb.2014.04.043>
- Manow, Philip, 2020: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin. <https://doi.org/10.2307/j.ctv1sfsw7.4>
- McCormick, John, 2017: Die aktuelle Krise der Demokratie und der populistische Schmerzensschrei. In: Dirk Jörke / Oliver Nachtwey (Hg.), *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*, Baden-Baden, 41–54. <https://doi.org/10.5771/9783845287843-40>
- Meißelbach, Christoph, 2009: Web 2.0 – Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783845220987>
- Milstein, Brian, 2015: Thinking politically about crisis: A pragmatist perspective. In: *European Journal of Political Theory* 14, 141–160. <https://doi.org/10.1177/1474885114546138>
- Morozov, Evgeny, 2013: *To Save Everything, Click Here. The Folly of Technological Solutionism*, New York.
- Natale, Simone, 2021: *Deceitful Media. Artificial Intelligence and Social Life after the Turing Test*, New York. <https://doi.org/10.1093/oso/9780190080365.001.0001>
- Newborn, Monty, 2002: *Deep Blue: An Artificial Intelligence Milestone*. New York.
- Nassehi, Armin, 2019: *Muster: Eine Theorie der digitalen Gesellschaft*, München. <https://doi.org/10.17104/9783406740251>
- Nolte, Paul, 2012: *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München.
- Norris, Pippa, 2001: *Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge, MA. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139164887>
- Passoth, Jan-Hendrik, 2008: *Technik und Gesellschaft*, Wiesbaden.
- Patzelt, Werner J., 2001: *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*, Passau.

- Przeworski, Adam, 2019: *Crisis of Democracy*, Cambridge, UK, <https://doi.org/10.1017/9781108671019>
- Raschke, Joachim. 2020: *Die Erfindung der modernen Demokratie. Innovationen, Irrwege, Konsequenzen*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-28668-2>
- Rosa, Hartmut, 2005: *Beschleunigung – Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt (Main).
- Rossi, Enzo / Sleat, Matt, 2014: Realism in Normative Political Theory. In: *Philosophy Compass* 9–10, 689–701. <https://doi.org/10.1111/phc3.12148>
- Runciman, David, 2017: Political Theory and Real Politics in the Age of the Internet. In: *The Journal of Political Philosophy* 25, 3–21. <https://doi.org/10.1111/jopp.12087>
- Runciman, David, 2018: *How Democracy Ends*, London.
- Saage, Richard, 2005: *Demokratiethorien. Eine Einführung*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-80774-8>
- Schaal, Gary S., 2016, E-Democracy: In: Oliver Lembcke / Claudia Ritzi / Gary S. Schaal (Hg.), *Zeitgenössische Demokratiethorie. Band 2: Empirische Demokratiethorien*, Wiesbaden, 279–305. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06363-4_12
- Schmidt, Eric / Cohen, Jared, 2013: *Die Vernetzung der Welt. Ein Blick in unsere Zukunft*, Reinbek bei Hamburg.
- Schmitter, Philippe C., 2017: The future of democracy is not what it used to be. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 11, 459–467. <https://doi.org/10.1007/s12286-017-0350-0>
- Schulz, Daniel, 2021: Technokratie und Freiheit: Zur Ideengeschichte der digitalen Steuerungsutopie. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, online first. <https://doi.org/10.1007/s41358-021-00302-2>
- Stalder, Felix, 2016: *Kultur der Digitalität*. Berlin.
- Stoellger, Philipp, 2014 (Hg.): *Deutungsmacht. Religion und belief systems in Deutungsmachtkonflikten*, Tübingen.
- Thiel, Thorsten, 2019: Digitalisierung: Gefahr für die Demokratie? Ein Essay. In: *Politikum* 4, 50–56. <https://doi.org/10.46499/1265.941>
- Thomas, William I. / Thomas, Dorothy Sawine, 1928: *The Child in America. Behavior Problems and Programs*, New York.
- Vorländer, Hans, 2006 (Hg.): *Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit*, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90350-7>
- Vedel, Thierry, 2006: The Idea of Electronic Democracy: Origins, Visions and Questions. In: *Parliamentary Affairs* 59, 226–235. <https://doi.org/10.1093/pa/gsl005>
- Zillien, Nicole, 2006: *Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft*, Wiesbaden.